

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Klose, Dr. h. c. Gernot Erler,
Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9728 –**

Für eine Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen

A. Problem

Die transatlantische Zusammenarbeit war und ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika von existenzieller Bedeutung. Verlässlich abgesichert ist diese Zusammenarbeit durch den NATO-Vertrag. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind noch immer die Führungsmacht der NATO. Ihre militärische Präsenz in Europa hat sich jedoch verändert: Zum einen, weil die USA wollen, dass die europäischen NATO-Länder mehr Verantwortung übernehmen für ihre eigene Sicherheit zur Stabilisierung der europäischen Peripherie und Nachbarschaft und zum anderen, weil sie sich stärker auf die Krisenregion Mittlerer Osten, auf Zentralasien und den Pazifischen Raum orientieren. Das Leitwort künftiger transatlantischer und europäischer Zusammenarbeit lautet „burden sharing“ (= solidarische Lastenteilung). Das transatlantische und europäische Projekt der Kooperation und verantwortungsvollen Freiheit ist und bleibt zentrales Anliegen deutscher Außenpolitik.

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung unter anderem auf, zusammen mit den europäischen Partnern einen neuen und kraftvollen Impuls für eine dringend notwendige Stärkung der transatlantischen Partnerschaft insbesondere im politischen und wirtschaftlichen Bereich zu entwickeln, die Ausrichtung der US-Außenpolitik auf den asiatisch-pazifischen Raum auch als Chance zu nutzen, neue Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle voranzubringen, zusammen mit den europäischen Partnern und den USA neue Impulse zur Gestaltung der gesamteuropäischen Sicherheit zu entwickeln und zusammen mit den Partnern darauf hinzuwirken, dass die geplante NATO-Raketenabwehr in Kooperation mit Russland realisiert werden kann.

Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, mit einer transatlantisch abgestimmten Strategie die Umbrüche in der arabischen Welt politisch zu begleiten. Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, die politische Zusammenarbeit auf Regierungs- und Parlamentsebene zu intensivieren, ein Sonderprogramm „Transatlantischer Jugend- und Studentenaustausch“ zu initiieren und die bestehenden transatlantischen Partnerschaften in den Bundesländern und Kommunen durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9728 abzulehnen.

Berlin, den 27. Juni 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Peter Beyer
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Peter Beyer, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9728** in seiner 181. Sitzung am 24. Mai 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und dem Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die transatlantische Zusammenarbeit war und ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika von existenzieller Bedeutung. Verlässlich abgesichert ist diese Zusammenarbeit durch den NATO-Vertrag. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind noch immer die Führungsmacht der NATO. Ihre militärische Präsenz in Europa hat sich jedoch verändert: Zum einen, weil die USA wollen, dass die europäischen NATO-Länder mehr Verantwortung übernehmen für ihre eigene Sicherheit zur Stabilisierung der europäischen Peripherie und Nachbarschaft und zum anderen, weil sie sich stärker auf die Krisenregion Mittlerer Osten, auf Zentralasien und den Pazifischen Raum orientieren. Das Leitwort künftiger transatlantischer und europäischer Zusammenarbeit lautet „burden sharing“ (= solidarische Lastenteilung). Das transatlantische und europäische Projekt der Kooperation und verantwortungsvollen Freiheit ist und bleibt zentrales Anliegen deutscher Außenpolitik.

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung unter anderem auf, zusammen mit den europäischen Partnern einen neuen und kraftvollen Impuls für eine dringend notwendige Stärkung der transatlantischen Partnerschaft insbesondere im politischen und wirtschaftlichen Bereich zu entwickeln, die Ausrichtung der US-Außenpolitik auf den asiatisch-pazifischen Raum auch als Chance zu nutzen, neue Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle voran zu bringen, zusammen mit den europäischen Partnern und den USA neue Impulse zur Gestaltung der gesamteuropäischen Sicherheit zu entwickeln und zusammen mit den Partnern darauf hinzuwirken, dass die geplante NATO-Raketenabwehr in Kooperation mit Russland realisiert werden kann.

Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, mit einer transatlantisch abgestimmten Strategie die Umbrüche in der arabischen Welt politisch zu begleiten. Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, die politische Zusammenar-

beit auf Regierungs- und Parlamentsebene zu intensivieren, ein Sonderprogramm „Transatlantischer Jugend- und Studentenaustausch“ zu initiieren und die bestehenden transatlantischen Partnerschaften in den Bundesländern und Kommunen durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9728 in seiner 93. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/9728 in seiner 73. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9728 in seiner 121. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9728 in seiner 80. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 17/9728 in seiner 67. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9728 in seiner 63. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 27. Juni 2012

Peter Beyer **Dr. Rolf Mützenich** **Dr. Rainer Stinner** **Wolfgang Gehrcke** **Kerstin Müller (Köln)**
Berichtersteller Berichtersteller Berichtersteller Berichtersteller Berichterstatte